Europäische Kapitalmarktunion - Zuerst das Vertrauen wiederherstellen

Europäische Kapitalmarktunion - Zuerst das Vertrauen wiederherstellen

Damit die Unternehmen in Europa wieder mehr investieren, schlägt Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine Kapitalmarktunion vor. Mit ihrer Hilfe könnten sich Firmen europaweit auf dem Kapitalmarkt refinanzieren. Doch gegen die aktuelle Investitionsschwäche hilft nur ein umfassendes Maßnahmenpaket, um das Vertrauen in die Finanzmärkte zurückzugewinnen. Das zeigt eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).
Die Unternehmen in Europa investieren nicht genug - im Durchschnitt rund 12 Prozent weniger als noch 2007. Die Kapitalmarktunion soll das ändern, indem sie es Unternehmen ermöglicht, EU-weit Aktien und Anleihen auszugeben, um Investitionen zu finanzieren. Denn bislang leihen sich Unternehmen in der EU - anders als etwa in den USA - überwiegend Geld von Banken. Heide Haas, Finanzmarktexpertin des IW Köln, warnt die EU-Kommission allerdings davor, vorschnell zu handeln: "Die Öffnung der Kapitalmärkte allein kann die Investitionen nicht beleben." Im Prinzip unterstützt das IW Köln die Pläne der Kapitalmarktunion, fordert aber umfassendere Maßnahmen:
Erstens müssen die europäischen Aufsichtsbehörden sicherstellen, dass die verschuldeten EU-Staaten ihre Haushalte in den Griff bekommen. Um einen Teufelskreis aus Staatsschulden- und Bankenkrise zu vermeiden, sollten Banken nicht mehr unbegrenzt Staatsanleihen kaufen dürfen.
Zweitens benötigt Europa eine umfassende Bankenaufsicht, die anders als die Bankenunion auch für EU-Staaten außerhalb der Eurozone greift. Denn noch immer besteht das Risiko, dass nationale Aufsichten abseits der Bankenunion laxere Regulierungsstandards setzen, um ihren jeweiligen Finanzplatz zu fördern.
Drittens fordern die IW-Forscher, in der Kapitalmarktunion den Markt für Verbriefungen, also den Handel mit Verbindlichkeiten, zu stärken. Dies würde ebenfalls die Liquidität der Unternehmen erhöhen. Um der Bevölkerung die Angst vor komplexen Finanzprodukten zu nehmen, sollte die Politik außerdem großflächige Finanz-Bildungsprogramme auflegen.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21
50459 Köln
Deutschland
Telefon: 0221 4981-1
Telefax: 0221 4981-533
Mail: presse@iwkoeln.de
URL: www.iwkoeln.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=594494" width="1" height="1">

Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

iwkoeln.de
presse@iwkoeln.de

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

iwkoeln.de
presse@iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.